

EURO-KRISE

# Schwarzer Peter

Europas Politiker flüchten weiter vor der Wirklichkeit: Griechenland ist bankrott, doch Brüssel will dem Land neue Kredite in Milliardenhöhe überweisen. In der Berliner Koalition wächst der Widerstand. Muss Athen raus aus dem Euro?

**M**artialische Musik dröhnt aus den Lautsprechern, und über die Bildschirme jagen nicht weniger kriegerische Bilder. Polizisten vor dem Parlament in Athen, hektische Reporter und US-Investor George Soros, der mit düsteren Worten die Rettung der Euro-Zone beschwört: „Die Alternative ist einfach zu schrecklich, um darüber nachzudenken.“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) folgt dem Einspieler über der Podiumsbühne mit finsterner Miene. Es ist Freitag der vergangenen Woche, die globale Manager-Elite ist zum Weltwirtschaftsforum nach Davos gekommen, um über die „Zukunft der Euro-Zone“ zu diskutieren, und es wird schnell offensichtlich, dass Schäuble sich lieber eine andere Einstimmung für diese Veranstaltung gewünscht hätte. Die Verhandlungen mit den privaten Gläubigern Athens kämen gut voran, sagt er. Er sei „ziemlich optimistisch“, dass man Griechenland retten könne.

Etwas abseits der Bühne steht später der finnische EU-Währungskommissar Olli Rehn und verrät den Reportern eine ganz andere Botschaft. Athen brauche schon wieder Geld, räumt er ein. Er könne zwar noch nicht sagen, wie groß die Summe sei. Doch dass die Staaten „einen etwas höheren Beitrag“ leisten müssten, sei „wahrscheinlich“.

Europa streitet mal wieder über die Griechenland-Rettung, und es sieht so aus, als würde das Ergebnis nicht anders

ausfallen als in der Vergangenheit. Anfang 2010 wehrte sich Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gegen Kredite an Athen, dann wurde das erste Griechenland-Paket geschnürt. Ein Jahr später sträubte sie sich gegen weitere Hilfen – es kam das zweite Programm. Jetzt stellt sie sich wieder schützend vor die Kasse, doch in Berlin und Brüssel mag niemand darauf wetten, dass sie diesmal erfolgreicher ist.

Europas Politiker kämpfen weiter gegen die Wirklichkeit. Alle wissen, dass Griechenland seinen gigantischen Schuldenberg von über 350 Milliarden Euro nicht zurückzahlen kann. Doch anstatt die Finanzlast wirksam zu vermindern, wollen Europas Politiker der Athener Regierung neue Kredite gewähren und weiter Schulden mit Schulden bekämpfen. „Wenn das Land in der Euro-Zone blei-



Kanzlerin Merkel in Davos: Schützend vor die Kasse gestellt

JEAN-CHRISTOPHE BOTT / AP



Akropolis in Athen

AXEL SCHMIDT / DAPD

ben will, sollten wir es dabei unterstützen“, sagt der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann (siehe Seite 23).

Die Retter geben Durchhalteparolen aus, doch in Europa wächst der Widerstand. In Athen wehren sich Parteien und Bürger dagegen, das Schrumpfen ihrer Wirtschaft durch neue Sparprogramme in einen Absturz zu verwandeln. Und im Hauptgeberland Deutschland halten es

führende Koalitionspolitiker für ausgeschlossen, für weitere Griechenland-Hilfen im Parlament eine Mehrheit zu bekommen. „An unserer Einstellung hat sich nichts geändert“, sagt CSU-Chef Horst Seehofer. „Für Reformstillstand gibt es kein Geld.“

Kein Zweifel, die Griechenland-Rettung dreht sich im Kreis, Fortschritte sind nicht zu verzeichnen.

Dabei wähten sich Europas Regierungschefs noch vor einem Vierteljahr auf der sicheren Seite. Private Gläubiger des Landes sollten auf die Hälfte ihrer Forderungen verzichten, 130 Milliarden Euro wollten die Partnerländer zuschießen. So sollte der Schuldenstand von derzeit über 160 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung bis 2020 auf erträgliche 120 Prozent gedrückt werden.

Doch die Hoffnung trott. Griechenlands Wirtschaft schrumpft stärker, als es Europas Politiker noch im Herbst für möglich hielten. Nun fehlt schon wieder Geld. Die Vertreter der Troika, bestehend aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF), taxieren die Lücke auf rund 15 Milliarden Euro. Statt 130 Milliarden Euro benötige Griechenland 145 Milliarden Euro. „Wir gehen nicht davon aus, dass man das fehlende Geld allein bei den privaten Gläubigern einsammeln kann“, heißt es in der Troika.

Bleibt die Verteilung der Lasten, so wie sie ist, müssten dafür zu etwa einem Drittel der IWF und zu zwei Dritteln die

Europäer aufkommen. Doch die Geldbeschaffung gestaltet sich zunehmend schwierig. Seit Tagen tobt hinter den Kulissen ein heftiger Streit, wer das fehlende Geld auftreiben soll, es geht zu wie beim Schwarzer-Peter-Spiel.

Die Bundesregierung sieht vor allem den Finanzsektor in der Pflicht. Wenn zusätzliche Mittel notwendig würden, dann müssten die Banken eben mehr beitragen, argumentieren die Deutschen. Die Staaten seien beim neuen Rettungspaket schon mit 130 Milliarden Euro dabei. Das müsse reichen.

Das sehen die Bankenvertreter ganz anders. Sie haben ihren Beitrag bereits mehrfach erhöht, nun verweisen sie darauf, dass nicht allein private Institute griechische Staatsanleihen besitzen. Die Europäische Zentralbank beispielsweise hat jede Menge Griechenland-Papiere im Depot, deren Wert bei bis zu 55 Milliarden Euro liegen soll. Wie wäre es denn, so fragt etwa Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, wenn die EZB sich an den Abschreibungen beteiligen würde?

Doch solche Vorschläge weisen die Währungshüter empört zurück. Die Anleihen hätten sie nur gekauft, um die Geldversorgung aufrechtzuerhalten, heißt es im Frankfurter Eurotower. Würden sie auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten, mischten sie sich in die Finanzpolitik der Staaten ein. „Wir würden dann einen Teil der Schulden eines Landes übernehmen“, sagt ein Notenbanker „das ist uns verboten.“ Und so gaben die Währungs-

## Griechisches Dilemma

Staatsschulden  
in Milliarden Euro

263

113

Schuldenquote  
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

355

DER SPIEGEL

163

233

Wirtschaftsleistung  
in Milliarden Euro

218

2008

\* Schätzung  
Quelle: EU-Kommission

2011\*

# „Die Party ist vorbei“

Hilflos kämpfen Griechenlands Steuerfahnder gegen die Korruption, die Ergebnisse sind mager.

Wenn Griechenland in diesen Tagen kurz vor dem Bankrott steht, dann hat das, neben den vielen anderen Gebrechen dieses Staates, der maroden Verwaltung und dem Klientelismus, vor allem mit einer besonderen Form von Wirtschaftskriminalität zu tun: der Steuerflucht.

„Das Ganze ist eine Erziehungsfrage“, sagt Nikolaos Lekkas, 60, Chefskordinator der griechischen Steuerfahndung, „wir müssen uns eine Steuerkultur erst neu erarbeiten.“

Lekkas leitet die Einsätze der SDOE, wie die Athener Behörde zur Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität genannt wird. Er kümmert sich um Mehrwertsteuerbetrug, um Scheingeschäfte, Briefkastenfirmen und nicht deklarierte Einkommen, früher war er Direktor der staatlichen Lotterie. Etwa 60 Milliarden Euro schulden griechische Bürger ihrem Staat, 165 000 Steuerverfahren liegen bei den Gerichten. Bis zu acht Jahre kann solch ein Verfahren dauern, oft währt es noch länger.

Auf Lekkas' Schreibtisch türmen sich die Akten, er zieht irgendein Blatt heraus, eine Mahnung an die Firma Naliko in der Kleinstadt Kranidi auf der Halbinsel Peloponnes. Naliko, ein Offshore-Unternehmen, schuldet dem Staat 29 Millionen Euro. 174 solcher Unternehmen hat die Behörde allein in Kranidi gezählt. „Ein griechisches Liechtenstein“, sagt Lekkas.

Seit Ausbruch der Krise, seit die internationalen Kreditgeber in Athen mitregieren, wird die politische Klasse Griechenlands an ihren Versuchen gemessen, dem Diebstahl am Gemeinwesen Herr zu werden. Erfolge sind bislang kaum zu verzeichnen.

Vorvergangene Woche veröffentlichte das Finanzministerium eine „Liste der Schande“ von 4152 Steuer-sündern mit Namen und Steuernummern; es war bereits die dritte. Auf fast 15 Milliarden Euro summieren sich allein die Schulden der dort Genannten samt Bußgeldern. Höchstens eine Milliarde Euro davon werde den Weg in die Staatskasse finden, sagen Experten. Viele der Genannten haben längst Insolvenz angemeldet, sitzen im Gefängnis oder sind gestorben.

„Aber die Party ist nun vorbei“, sagt Chefskordinator Lekkas. Es sind hohle Worte, gemessen an den Zahlen: 4,5 Milliarden Euro wollten die Fahnder im vorigen Jahr eintreiben, gerade mal 2 Milliarden sind es geworden. Dabei mangelt es nicht an Vorschriften, seit Oktober 2009 wurden allein zehn Steuergesetze vom Parlament verabschiedet. Es scheitert, wie so oft, an der Umsetzung.

Denn verantwortlich für das Steuerwesen ist nicht nur das Finanzministerium, dessen Abteilungen sich



Steuerfahnder in Athen

„Das Ganze ist eine Erziehungsfrage“

allein auf hundert verschiedene Gebäude in ganz Athen verteilen. Verantwortlich sind auch die Zollbehörde, das Ministerium für Bürgerschutz sowie dort, seit August 2011, eine eigene Steuerpolizei.

Eine Kooperation mit Lekkas' Behörde aber gibt es nicht. „Wir alle arbeiten völlig unabhängig voneinander“, sagt ein Polizeisprecher, die Parallelstrukturen würden vor Korruption schützen.

Und so weiß nach wie vor die eine Abteilung nicht, was die andere tut. Immerhin, im Athener Großraum arbeiten die meisten nun mit Computern. Bis vor einem Jahr herrschte lose Zettelwirtschaft im Euroland Griechenland. Von Mai an sollen auch die Steuerbehörden in Rest-Griechenland digitalisiert sein.

FERRY BATZOGLOU, JULIA AMALIA HEYER

hüter die ungeliebte Karte an die Politiker zurück. Vergangenen Donnerstag räumte EU-Kommissar Rehn ein, die Lücke im zweiten Rettungspaket sei nur durch staatliche Geldgeber zu stopfen. Zwar war die Bundesregierung wenig amüsiert. „Da ist Rehn komplett allein unterwegs“, schimpfte ein hoher Berliner Regierungsvertreter. Doch dass die Staaten um neue Griechenland-Kredite herumkommen werden, gilt unter Europas Regierungschefs als ausgeschlossen. Wenn es nicht anders gehe, sagt der luxemburgische Finanzminister Luc Frieden, müsse „die öffentliche Hand eventuell mehr Geld zur Verfügung stellen“.

Augen zu und durch, so lautet Europas Griechenland-Strategie. Dabei wird immer deutlicher, dass die Wirtschaft des Landes nach dieser Methode nicht wieder auf die Beine kommt. Zwar gibt die Athener Regierung in diesem Jahr 20 Milliarden Euro weniger aus als noch 2009.

Trotzdem steigt die Schuldenquote, weil die griechische Wirtschaft 2012 im fünften Jahr in Folge schrumpfen wird. Und aus eigener Kraft, davon sind fast alle Experten überzeugt, wird es das Land nicht schaffen, aus der Krise herauszukommen.

Die griechische Wirtschaft ist nicht leistungsfähig genug, um Wachstum zu erzeugen. Abgesehen von Olivenöl, Textilien und einigen Chemikalien gibt es kaum ein griechisches Produkt, das für den Export geeignet wäre. Im Gegenteil: Um seine Bürger ernähren

zu können, ist Griechenland auf Lebensmittelimporte angewiesen.

„Griechenland lebt seit Jahren über seine Verhältnisse“, heißt es in einer unveröffentlichten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). „Der Güterverbrauch überstieg die wirtschaftliche Leistung bei weitem.“

Besonders niederschmetternd ist das Urteil, das die DIW-Forscher über den Zustand jener Branche fällen, die gemeinhin als potentieller Wachstumsmotor gilt, den Tourismus. Der griechische Fremdenverkehr konzentriert sich demnach auf die Sommermonate. Im Rest des Jahres ist fast nichts los, Städtetourismus gibt es kaum, was eine insgesamt geringe Kapazitätsauslastung und hohe Kosten für die Hotelbetreiber bedeutet. In anderen Mittelmeerländern sind die Herbergen dagegen weit gleichmäßiger ausgelastet.

Ein entscheidender Grund für die Misere ist das vergleichsweise schlechte Preis-Leistungs-Verhältnis, heißt es in der Studie. Beim Tourismus im Mittelmeer-

NIKOS PILOS / DER SPIEGEL



**Euro-Politiker Rehn, Juncker**  
Höherer Beitrag wahrscheinlich

raum müsse Griechenland mit Nicht-Euro-Ländern wie Kroatien, Tunesien, Marokko, Bulgarien und der Türkei konkurrieren, die ihre Leistungen deutlich billiger anböten. Die Arbeitsstunde im Gastgewerbe kostete in Griechenland zuletzt 11,39 Euro, in Portugal jedoch nur 8,49 Euro, in der Türkei 4 Euro und in Bulgarien sogar nur 1,55 Euro. Das Fazit der Studie fällt düster aus. Der drastische Sparkurs werde nicht helfen, heißt es, sondern das Land für lange Zeit zum „Sorgenkind in Europa“ stempeln.

Dass der Umbau der griechischen Wirtschaft nicht vorankommt, wird auch im übrigen Europa registriert. Entsprechend groß ist der Widerstand in den Parlamenten, neuen Hilfen für Athen zu billigen.

Das gilt auch für die schwarz-gelbe Regierungskoalition in Berlin, in der schon das erste Griechenland-Paket und der Rettungsschirm EFSF heftig umstritten waren. Seither ist der Widerstand gegen zusätzliche deutsche Hilfen für Krisenländer noch gestiegen. „Griechenland wäre die mit Abstand schwierigste Entscheidung für die Fraktion“, sagt der stellvertretende FDP-Fraktionschef Florian Toncar, der

dem proeuropäischen Flügel der Partei angehört. Es gilt als sicher, dass deutlich mehr Parlamentarier ihrer Führung die Zustimmung verweigern würden.

Der bayerische FDP-Abgeordnete Erwin Lotter zum Beispiel, der bisher allen Euro-Rettungspaketen zugestimmt hat, würde das im Falle Griechenlands nicht mehr tun. „Ich war der Meinung, die Griechen brauchten Zeit“, sagt er. „Jetzt gehe ich davon aus, dass es zu einem Staatsbankrott kommt, die Probleme können mit mehr Geld nicht gelöst werden.“

Groß sind auch die Bedenken in der CSU, die Merkel bisher nur zähneknirsch folgte. „Die CSU lehnt neue Hilfen für Griechenland über die beschlossenen Programme hinaus ab“, sagt Parteichef Seehofer. Die CSU will am Montag einen Europakongress veranstalten, auf dem auch das Thema Griechenland diskutiert wird. Die Linie hat Seehofer schon vorgegeben: „Wenn die Griechen die Reformprogramme nicht umsetzen, kann es keine weiteren Hilfen geben.“

Auch in der CDU wachsen die Zweifel. „Ich werde nicht für neue Griechenland-Hilfen stimmen“, sagt der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach. „Den Griechen fehlt nicht der politische Wille, sondern die ökonomische Kraft, um wieder auf die Beine zu kommen.“ Unbehagen breitet sich sogar im Europa-Flügel der Partei aus. „Es hat sich eine große Verärgerung breitgemacht“, sagt der Vorsitzende des Europa-Ausschusses, Gunther Krichbaum. „Alle griechischen Parteien müssen endlich den unbedingten Willen zeigen, etwas grundlegend zu ändern.“

Der Unmut an der Basis ist inzwischen auch an der Koalitionsspitze angekommen. Unions-Fraktionschef Volker Kauder fordert öffentlichkeitswirksam, einen europäischen Staatskommissar nach Athen zu entsenden. Und auch sein FDP-Kollege Rainer Brüderle meldet sich markig zu Wort. „Solidarität ist keine Einbahnstraße, insofern muss die Europäische Gemeinschaft hart bleiben und die

notwendigen Strukturreformen einfördern“, sagt er. „Nur wenn die Griechen auch Beweise dafür liefern, dass sie es ernst meinen, können und dürfen wir als Europäische Gemeinschaft helfen.“

Möglicherweise dienen die scharfen Töne der Fraktions-Vorleute nur dazu, den Weg für die nächste Hilfszahlung zu bereiten. Griechenland bekommt neues Geld, so lautet der Deal, den solche Äußerungen vorzubereiten versuchen, wenn es sich noch härteren Auflagen und Bedingungen beugt. Griechenland soll mit der Brechstange saniert werden.

Dass die malade Wirtschaft des Landes nach diesem Rezept wieder auf die Beine kommt, halten Experten für genauso ausgeschlossen wie die andere Form der Brachialtherapie, die derzeit diskutiert wird: der Ausstieg des Landes aus dem Euro. „Es ist naiv zu glauben, die Probleme wären gelöst, wenn Griechenland die Drachme wieder einführt“, sagt Ansgar Belke, Forschungsdirektor für Makroökonomie am DIW und Professor an der Universität Duisburg-Essen. Zwar würden die Waren des Landes billiger. Doch zugleich dürften die Turbulenzen einer Währungsreform Tausende von Unternehmen und Banken in die Insolvenz schicken. Die Zinsen könnten steigen, zudem würde die Pleite wohl andere Länder anstecken. Dadurch, sagt Belke, „könnten sich die Probleme Griechenlands und der Euro-Zone sogar noch verschärfen“.

Stattdessen empfehlen Ökonomen, endlich das zu tun, was ohnehin unvermeidlich ist: das Land geordnet in die Insolvenz zu schicken. Staatliche Gläubiger Griechenlands – neben der EZB also vor allem die Partnerländer, die dem Land bislang Geld geliehen haben – müssten auf etwa die Hälfte ihrer Forderungen verzichten, um den Schuldenberg des Landes auf ein verträgliches Maß abzubauen. Dann könnten auch jene Maßnahmen besser greifen, die Athens Wirtschaft allein wieder auf Wachstumskurs bringen können: Reformen am Arbeitsmarkt, mehr Wettbewerb in Dienstleistungsbranchen, Investitionen aus dem Ausland.

Noch weigern sich Europas Politiker mehrheitlich, die Realitäten anzuerkennen. Verständlich, ein Verzicht auf Teile der Griechenland-Forderungen würde ihnen hohe Verluste bescheren. Doch einige Regierungsvertreter sind immerhin bereit, sich an den ersten Lockerungsübungen zu versuchen. Als Luxemburgs Regierungschef Jean-Claude Juncker vergangenen Freitag im Interview mit dem „Handelsblatt“ gefragt wurde, ob nicht auch die Euro-Staaten Griechenland Schulden erlassen müssen, antwortete er: Solche Lösungsvorschläge seien „nicht völlig absurd“.

SVEN BÖLL, ALEXANDER NEUBACHER, RALF NEUKIRCH, CHRISTIAN REIERMANN, CHRISTOPH SCHULT, ANNE SEITH

## Athens Schulden

Kredite für Griechenland: rund **95 Mrd. €**      Griechische Staatsanleihen: **260 Mrd. €**      Insgesamt: **355 Mrd. €**

